

Rot-Grüner Sinkflug

Fortsetzung von Seite 1

Wieder einmal hat Bundesfinanzminister Eichel versagt. Dem Bund werden bis 2008 über 39 Milliarden Euro weniger Steuern zufließen als angenommen. Die Regierung hat für 2005 ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent angekündigt. Jetzt prognos-

200.000 weniger Arbeitsplätze! Die Bundesagentur für Arbeit schafft es nicht, den Menschen Arbeit zu vermitteln. Stattdessen wird eine sündhaft teure Online-Stellenbörse eingerichtet. Kosten: 230 Millionen Euro. Die Rentenkasse ist geplün-

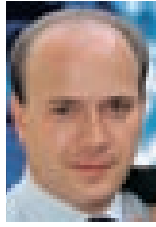


"Wir haben die Talsohle erreicht!"

tiziert sie noch ein Prozent; die führenden Wirtschaftsinstitute hingegen nur noch 0,7 Prozent Wachstum. Das ist nicht nur Statistik! Ein Prozent weniger Wirtschaftswachstum bedeutet 12 Milliarden Euro weniger Staatseinnahmen und

dert. In den letzten vier Jahren um 87 Prozent reduziert. Den Rentnern droht wieder eine neue Nullrunde. Rot-Grün hat abgewirtschaftet. Ein Politikwechsel steht an. Den Menschen in NRW sei es genauso gegönnt, wie allen in Deutschland.

Chipkarte statt Schwarzarbeit



Kai Wegner,
MdB

Die Arbeitslosenquoten sind bald das einzige, was im ehemaligen Wirtschafts-wunderland Deutschland noch Spitze ist. Die Regierungspartei SPD begibt sich auf Heuschrecken-jagd, anstatt Konzepte zu finden. Einen Vorschlag zum Kampf gegen die Schwarzarbeit stellt im Folgenden der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Kai Wegner, vor:

Die Wirtschaft stagniert, die Schwarzarbeit galoppiert. In Deutschland gibt es zurzeit eigentlich nur eine Wachstumsbranche: Die Schwarzarbeit! In unserer Stadt liegt der Anteil der Schwarzarbeit sechs Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Für das Land Berlin ist im vergangenen Jahr ein Schaden von rund 26 Millionen Euro durch den Zoll aufgedeckt worden.

Besonders schädlich ist die illegale Beschäftigung für den Mittelstand, da die Schwarzarbeit gerade dort wuchert. Verfolgung und Ahndung ist richtig und wichtig. Es muss aber auch eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik betrieben werden, die Rahmenbedingungen schafft, in denen sich die Wirtschaft entfalten kann. Statt an den Symptomen der Schwarzarbeit herumzudoktern, muss der rot-rote Senat endlich die Ursachen bekämpfen. Bei einer Staatsquote von 70 Prozent in Berlin ist es unabdingbar, diese gerade hier durchgreifend zu senken. Um die Belastungen für Unternehmen und Verbraucher zu senken, muss sich der Senat auf Bundesebene für ein steuerpolitisches Gesamtkonzept einsetzen, welches dem gerechteren, einfacheren und leistungsfreundlicheren Entwurf von Friedrich Merz entspricht. Ein entscheidender Punkt bei der erfolgreichen Bekämpfung der Schwarzar-

beit ist die Verbesserung der Beweislage. Mit der Einführung einer elektronisch lesbaren und fälschungssicheren Chipkarte, die den Sozialversicherungsausweis ersetzen soll, könnte dies gewährleistet werden. Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Dort, wo sie Teil der organisierten Kriminalität ist, muss sie in den Straftatbeständen auch benannt werden und sich strafverschärfend auswirken. Damit die erheblich bestehenden Informations- und Vollstreckungsdefizite zwischen den einzelnen Behörden abgestellt werden, ist es erforderlich, die Ermittlungsbehörden effektiv zu verzahnen. Das Problem der Schwarzarbeit ist seit Jahren ein gesamtgesellschaftliches Problem. Erst wenn nachhaltig und ernsthaft den Ursachen entgegengewirkt wird und sich legale Arbeit wieder lohnt, werden wir die Schwarzarbeit effektiv bekämpft haben.

Kai Wegner

(Heu-) Schreck lass nach!

Da ist ihm wohl der Schrecken in die Glieder gefahren. Mit solch einer Resonanz habe der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering nicht gerechnet, sagt er, als er mit biblischen Vergleichen gegen den Kapitalismus – oder was Müntefering dafür hält – zu wettern begann.

Wie Heuschreckenschwärme seien Finanzinvestoren, von denen sich einige auf einer SPD-Liste wiederfinden. Der SPD-Fraktionsvize Stiegler unterstützte diese Wortwahl, ergänzte aber, dass es auch Nutztiere unter diesen gäbe. Tiervergleiche dieser Art erinnerten den Historiker Michael Wolfsohn an das Vokabular der Nazis. Menschen mit Ungeziefer zu vergleichen verbiete sich. Der Bundeskanzler schweigt weitestgehend. Und das mit Recht. Denn

die „größte Reform aller Zeiten“ (O-Ton Schröder) im Jahre 2001 hatte zur Folge, dass den großen Kapitalgesellschaften zum ersten Mal Steuern ausbezahlt wurden, statt diese milliardenschwer ins Staatssäckel zu schleusen.

nen Bundesregierung als damaliger Verkehrsminister durchführte mit eben genau einer



Aber auch der Insektenbändiger Müntefering hätte lieber Schweigen sollen. Grundsätzlich und persönlich. War er es doch, der das erste Geschäft der rot-grü-

der Finanzgruppen, die sich heute auf der „SPD-Heuschrecken-Liste“ wieder findet. Damals ging es um den Verkauf der Autobahn-gaststätten-Kette „Tank

und Rast“ an ein Konsortium für 600 Millionen Euro. Die Liste der Milliarden-Verkäufe unter Rot-Grün an die gescholtenen Investoren lässt sich fortsetzen:

Bundesdruckerei, Wohnungsbaugesellschaft GAGFAH, Russlandkredite, Eisenbahnerwohnungen. (dr)